

Portugiesische Hauptstadt Lissabon



Euro

Nach der Krise ist vor der Krise

Braucht Portugal bald ein neues Rettungspaket?

WESTENDEUTZ / IMAGO

Bundesregierung und EU-Kommission befürchten, dass Portugal wieder unter den europäischen Rettungsschirm ESM muss. Die Risikoauflschläge für portugiesische Staatsanleihen waren zwischenzeitlich deutlich gestiegen, sind mittlerweile aber schon wieder etwas gesunken. Es sei zu befürchten, dass das Land schon bald in Schwierigkeiten geraten könne, sich am Markt selbst zu finanzieren, heißt es in Berlin und Brüssel. Ein neues Rettungsprogramm für Portugal sei dann notwendig. Sollte es wirklich so weit kommen, würde die Eurokrise wieder mit Macht auf die Tagesordnung drängen. Experten in den Hauptstädten der Eurozone befürchten, dass sich der Argwohn der Anleger an den Finanzmärkten auch wieder auf andere Mitgliedstaaten richten würde, die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken,

allen voran die Schwergewichte Frankreich und Italien. Ursache für das Misstrauen an den Märkten gegenüber Portugal ist die Aufweichung des Konsolidierungskurses durch die neue Linksregierung. So hat der sozialistische Premierminister António Costa mit Unterstützung der übrigen Linksparteien Teile der Arbeitsmarktreformen der Vorgängerregierung rückgängig gemacht und Mindestlöhne sowie die Gehälter im öffentlichen Dienst erhöht. Zudem dürfte der Abbau des Staatsdefizits nicht so schnell vorankommen wie zugesichert. Die Euro-Gruppe, der Zusammenschluss der zuständigen Fachminister der Währungsunion, will dem Vertreter Portugals bei einem Treffen Anfang nächster Woche die Befürchtungen erläutern und ihn zu einem deutlicheren Kurswechsel auffordern. rei

Soziales Arbeitsagentur trotzt Minuszins

Trotz hoher Milliardenrücklagen ist die Bundesagentur für Arbeit derzeit noch resistent gegen Negativzinsen. Insgesamt „knapp 150 Euro“ zahlte sie nach eigenen Angaben im vergangenen Jahr für kurzfristige Guthaben

auf laufenden Konten der Bundesbank. Die Rücklagen seien meist längerfristig angelegt. Ende Januar lagen sie insgesamt bei rund 7,4 Milliarden Euro. Auch die Deutsche Rentenversicherung kann derzeit noch „eine geringe positive Verzinsung“ ihrer Mittel erwirtschaften. Es sei aber nicht auszuschließen, dass die Rendite in

Zukunft gegen null tendiere oder sogar negativ werde. Vom Zinstief besonders betroffen ist der Gesundheitsfonds, der seine Mittel als Termingeld kurzfristig anlegen muss. Das Bundesversicherungsamt hat bereits bekannt gegeben, dass der Fonds 2015 ein negatives Zinsergebnis von rund 1,8 Millionen Euro erzielte.

Das Gesundheitsministerium will das Finanzressort nun zu einer Änderung der Anlagevorgaben bewegen. So solle es dem Fonds künftig gestattet werden, einen Teil seiner Gelder auch einige Monate lang anzulegen. Die höheren Renditen könnten dann mit den Negativzinsen verrechnet werden, um das Zinsergebnis zu verbessern. cos